

## Von der Kritischen Universität zur Bachelor-Hochschule

### I. Einleitung

Drei maßgebliche ‚Deutschen Ideologien‘ sind es, die, auf mein Thema bezogen, die (west-)deutsche Nachkriegsgesellschaft und ihre herrschende Selbstwahrnehmung geprägt haben:

- die „nivellierte Mittelstandsgesellschaft“ Helmut Schelskys;
- das Bild der Bundesrepublik Deutschland als demokratischer und antitotalitärer Staat, der die Lehren aus der NS-Zeit gezogen habe;
- das Bild der Universität als einer nur der Wahrheitssuche verpflichteten Gemeinschaft von Lehrenden und Lernenden.

Es ließe sich zeigen (wofür hier der thematische Bezug und der Platz fehlt), dass die Studentenbewegung die inneren Widersprüche und die Brüchigkeit dieser drei Ideologien teils ungewollt, teils gewollt, teils mit kritischem Wirklichkeitssinn, teils begleitet von neuen Illusionen zutage gefördert hat.

In diesen weiteren, hier nur angedeuteten Rahmen wäre das einzuordnen, was ich im folgenden an Befunden und Argumenten über die Entwicklung der Hochschulen vorzutragen habe. Und eine wichtige ‚Randbedingung‘ der Studentenbewegung ist anfangs hervorzuheben, wenn es gilt, am Schluss die Verhältnisse, unter denen die Studierenden heute leben und arbeiten, angemessen zu beurteilen: die Universität war noch in der ersten Hälfte der 1969er Jahre in der Bundesrepublik ein Ort, zu dem nur die extreme Minderheit eines Geburtsjahrgangs Zugang hatte: Es waren noch 1967 deutlich unter 10 Prozent; heute sind es je nach Zählweise zwischen 35 und 45 Prozent.

### II. Die Hochschule als Ort studentischer Ent-Täuschungen

Aber auch für diese exklusive Minderheit traten Anspruch und Wirklichkeit der ‚deutschen‘ Idee von Bildung durch Schule und Universität in der Bundesrepublik der Nachkriegszeit schon früh auseinander. Das in den ‚höheren Schulen‘ vermittelte Wissen und das Lebensgefühl der angehenden Studenten (der Anteil der Studentinnen betrug damals lediglich 20 Prozent) hat kaum jemand so einfühlsam und genau nachgezeichnet wie Thomas Valentin in seinem Roman *Die Unberatenen* (Hamburg-Düsseldorf 1963), der Anfang der 1960er in einer westdeutschen Stadt spielt. Und das geistige Klima in den Universitäten spiegeln beispielhaft die im Rückblick fast rührend klingenden Immatrikulationsreden wider, die Max Horkheimer in den 1950er Jahren an die damals zumeist männlichen akademischen Elite-Anwärter richtete – es sind Appelle und Mahnungen in kritischer Absicht, vorgetragen in einer heute geistesaristokratisch anmutenden Sprache:

**„Kaum in einem anderen Bereich haben Sie größere Möglichkeiten, durch kritisches Bewusstsein Einsicht ins Wesentliche zu gewinnen, in die Kräfte und Gesetze der Wirtschaft, durch die sich das Getriebe unserer Gesellschaft ... am Leben erhält. Nirgends aber ist zugleich auch die Gefahr größer, das Sie, wenn Sie des kritischen Impulses sich entäußern und sich nur auf Examina und Fortkommen konzentrieren, zu studierten Facharbeitern und Technikern werden und den Sinn dieses Studium ins Gegenteil verkehren. [...] Wenn Sie das kritische Fragen versäumen, dann werden Sie in Ihrem**

**scheinbar so gesicherten Bereich eines Tages die Folgen der Borniertheit spüren, von Ihrer Rolle in der Welt ganz abgesehen.“**

Vornehmer als 1952 ist das Problem des schon damals drohenden Fachidiotentums wohl kaum je angesprochen worden.

## **II.1 Vom Protest zur Kritischen Universität**

Schnitt: 25 Jahre später, am 22. Juni 1967, versammelten sich an der FU Berlin ca 3.000 StudentInnen zu einem Sit-in im Henry-Ford Bau der FU. Ihr Protest gegen die verfügte Zwangsexmatrikulation für ‚säumige Studenten‘ schlug sich in einer Resolution nieder, in der hochschulpolitische und übergreifend auf die Gesellschaft bezogene Motive und Forderungen schon ineinander griffen.

---

**1. Wir kämpfen nicht nur um das Recht, längere Zeit zu studieren und unsere Meinung stärker äußern zu können. Es geht uns vielmehr darum, daß Entscheidungen, die die Studenten betreffen, demokratisch und unter Mitwirkung der Studenten getroffen werden.**

**2. Es gilt, die Freiheit in der Universität als Problem zu sehen, das über den Rahmen der Universität hinausweist. Aus diesem Grunde sieht die Studentenschaft die Notwendigkeit, mit allen demokratischen Organisationen in der Gesellschaft zusammenzuarbeiten, um ihre Forderungen durchzusetzen.**

**3. Was hier in Berlin vor sich geht, ist ebenso wie in der Gesellschaft ein Konflikt, dessen Zentralgegenstand weder längeres Studium noch mehr Urlaub sind, sondern der Abbau oligarchischer Herrschaft und die Verwirklichung demokratischer Freiheit in allen gesellschaftlichen Bereichen.**

**4. Wir wenden uns gegen alle, die den Geist der Verfassung, gleich in welcher Art, mißachten, auch wenn sie vorgeben, auf dem Boden der Verfassung zu stehen.**

---

Die Resolution zeigt: Die politischen Lernprozesse speisten sich vor allem aus der Enttäuschung über die Kluft zwischen erlernten demokratischen Ansprüchen und der Wirklichkeit. Den ‚Geist‘ dieser Protestaktionen, als doppelte Opposition gegen den Hochschulbetrieb und die umgebende Gesellschaft, hat Jürgen Habermas charakterisiert als in der Nachkriegszeit

**„erste bürgerlichen Revolte gegen die Prinzipien einer nach eigenen Maßstäben beinahe erfolgreich funktionierenden Gesellschaft.“**

Selbst seine Diagnose drückt noch ein gewisses Überraschtsein von der Breite und inhaltlichen Spannweite dieser Bewegung aus – umso stärker das Erschrecken der Eliten, die ihre so „erfolgreich funktionierende Gesellschaft“ kritisiert und bedroht sahen, obwohl auch ihnen schwante, dass das ‚Wirtschaftswunder‘ 1966 kein Selbstläufer bleiben würde.

Tatsächlich waren die Hochschulen als Produktionsstätten der funktionalen Eliten in dieser Zeit des bildungspolitischen Umbruchs (im Gefolge des Sputnik-Schocks von 1957) nicht per Zufall in die Krise geraten. *Einerseits* konnte sich die ‚akademische Selbstgewissheit‘ vieler Studenten (aber auch ihr Elitedenken wie bei Medizinern und Juristen) darauf verlassen, dass noch Mitte der 1960 Jahre deutlich weniger als 10% eines Geburtsjahrgangs die Universitäten besuchten. Das heißt *andererseits*, dass bei vielen nicht (nur) auf Karriere, sondern auf Bildung erpichten Studenten die Erwartungen ans Studium noch nicht mit den sozialen Zukunftsängsten verknüpft waren, die heute (teils zu Recht, teils zu Unrecht) empfunden werden. Diese frühen Studenten waren in ihrer Minderheit schon

„privilegierte Entfremdete“, wie sie in den USA Kenneth Keniston schon 1960 in der Studie *The Uncommitted* porträtierte.

Klaus Heinrich (einer der studentischen FU-Gründer) hat vor diesem historischen Hintergrund die Studentenbewegung in Berlin als die „letzte Liebeserklärung an eine kritische geistige Institution“ gedeutet – eine Institution, die dann den Konflikten, die aus der praktisch gewordenen Liebeserklärung (den Protesten nämlich) erwachsen, hilflos und dann nur repressiv begegnete (Raumverbote, Kürzung des AStA-Etats, die angedrohte Entlassung eines Assistenten, Sanktionen gegen den SDS, Disziplinarverfahren gegen Studentenvertreter, Zensur des studentischen FU-Spiegels).

Wie reagierten die betroffenen Studenten? Sie beriefen sich aufs GG, die Berliner Verfassung, die Menschenrechte (angesichts des Vietnam-Krieges) und den ‚Geist der FU‘ als propagierte ‚Gemeinschaft von Lehrenden und Lernenden‘. Dieses eher naive, die Demokratie schlicht einfordernde Protestmotiv kommt in jenen herablassenden Deutungen zu kurz, die (damals und auch noch gegenwärtig) die Studentenrevolte als bloßen Versuch einer „Rettung alter Privilegien mit den Mitteln des Protests“ werten – so der kanadische Soziologe Cyrill Levitt in seiner Studie *Children of Privilege* (Toronto 1984).

## II.2 Anspruch und Doppelcharakter der Kritischen Universität

Der von den wirkliche Ereignissen erzwungene, doppelte Bezug der studentischen Kritik auf Hochschule *und* Gesellschaft lässt sich beispielhaft an der Entstehung, Programmatik und Praxis der Kritischen Universität zeigen, die vom bloßen Protest zur studentischen Erprobung eines alternativen Studiums in Selbsttätigkeit überging.

Derartige Initiativen entstanden am Ende des SoS 1967 nicht nur in Berlin, sondern auch in Frankfurt, Hamburg, Heidelberg, sogar in Mainz und Münster. Sie stützten sich – das sei hier nur festgehalten, aber aus Mangel an Zeit nicht vertieft – auf die anspruchsvollen kritischen Analysen und konkreten Reformvorschläge von SDS und VDS, die später auch die Bundesassistentenkonferenz (BAK) aufgriff.

Die SDS-Denkschrift und *Hochschule in der Demokratie* (antiquarisch ist noch ein Exemplar für 9,61€ plus Versandkosten 2,50€ zu haben) sind in dieser Zeit die einzig ernstzunehmenden Gegenanalysen zu Schelskys Studie *Einsamkeit und Freiheit* (1960), der für eine konservative, der Gesellschaft unkritisch dienende Wissenschaft plädierte, allenfalls für eine Modernisierung des Humboldt'schen Universitätsmodells, reserviert für die Professorenschaft. Demgegenüber fragen sich nun die SDS-AutorInnen, warum sich ein nie verwirklichtes Ideal immer weiter von der Realität entfernt hat. Anstatt aber das Verschwinden dieses Leitbilds einfach hinzunehmen, begründen sie aus ihm ein kritisches, auf die gegenwärtige Gesellschaft bezogenes Wissenschaftsverständnis, soziale und demokratische Ziele der Hochschulpolitik: so ein ‚*Studienhonorar*‘, das sozialpolitisch wie auch aus dem Charakter des Studiums als ‚gesellschaftlicher Tätigkeit‘ begründet wurde; oder auch die damals keineswegs selbstverständliche Forderung nach gleichberechtigtem Zugang von *Frauen an die Universität*.

Als Versuch einer zeitbedingten Umsetzung dieser Ideen ist auch die die studentische Gründung der KU zu verstehen, nun aber geprägt von den aktuellen Erfahrungen der Studierenden mit ihrer Universität, der Staatsgewalt und der Berliner veröffentlichten Meinung vor und nach dem 2. Juni 1967.

Was oft vergessen oder verdrängt wird: Die Repressionen, die bedrohte Wissenschaftsfreiheit und dann die Ereignisse des 2. Juni 1967 (Verweigerung des Audimax durch den Rektor der FU am Tag danach) zwangen uns radikale Aktionen und die Fortsetzung der Proteste geradezu auf. Der Protest blieb zwar angesichts des in Berlin vorherrschenden politischen Klimas weithin ohnmächtig, erreichte aber immerhin eine Minderheit in der

Bevölkerung und beeinflusste in einem vorher unbekannte Maße das politische Klima weit über die Hochschule hinaus – nicht mein Thema. Das Ausmaß, die Widersprüche und Grenzen dieses ‚Gangs von der Hochschule in die Gesellschaft‘ lassen sich am Projekt der Kritischen Universität beispielhaft nachzeichnen.

### II.3 Das unvollendete Konzept der Kritischen Universität

Rudi Schmidt hat in einer Rundfunksendung des SFB vom 28. Januar 1969 den Weg der KU aus der FU und wieder in sie hinein derart minutiös und kritisch nachgezeichnet. Sein damaliger Beitrag entgegnet auf den polemischen Artikel, den der Kölner Soziologe (und fanatischer BFW-Aktivist) Erwin K. Scheuch in der ZEIT veröffentlichte, unter dem Titel „Das Gewerbe der Rebellen“. Scheuchs frohlockender ‚Befund‘:

**„Die von linksextremen Studenten mit der Unterstützung der Universitäten in der Bundesrepublik ... abgehaltenen Kurse mit der Bezeichnung ‚Kritische Universität‘ waren an allen Orten ein Fehlschlag.“**

Ist das so gewesen? Im Gegensatz zu den später vorgetragenen Verschwörungstheorien, die Kritiker aus Nofu und BFW vertraten, finden sich im Gründungsakt der Kritischen Universität, wie Rudi Schmidt damals belegt hat, erstaunlich differenzierten Vorstellungen zur Rolle einer Kritischen Universität. Auch hier lassen sich innere, auf die Universität, und äußere, auf Politik und Gesellschaft bezogene Motive kaum mehr trennen:

(1) Die Bezugnahme auf die **Bildungsreform**: „Die KU kann dazu beitragen, das Studium sowohl unmittelbar *interessanter* und lebendiger werden zu lassen, als auch *nützlicher* für die künftigen speziellen Berufsanforderungen zu machen.“

(2) (der politische Bezug:) Die KU soll daran mitwirken, „die aktuellen politischen Ziele und Aktionen der demokratischen Oppositionsbewegung unter den Studenten **und der Jugend Westberlins** durch wissenschaftliche Analyse und kritische Reflexion“ zu verdeutlichen und effektiver zu machen.

(3) Ein neuer, ‚**revolutionärer**‘ **Ton in Bezug auf die Gesellschaft**: Formuliert wurde die Hoffnung, (ausgerechnet) in Westberlin „werden die ersten spontanen Abwehrkämpfe der Arbeiter das System im ganzen in Frage stellen, **wird im Klassenkampf das Bild der Gegengesellschaft aufblitzen**. In diesem Augenblick wird die auf Praxis gerichtete Universität zur praktisch unwälzenden, zur Gegenuniversität.“ In diesen Vorstellungen stand das historische Modell der **Berliner Räteschule von 1920** gedanklich Pate.

Rudi Schmidt resümiert kurz nach dem Ende des nur gut zwei Semester währenden Experiment nicht nur einen zwiespältigen Erfolg, sondern auch wichtige Erfahrungen in Bezug auf die Veränderbarkeit der Hochschule und vor allem des Studiums:

(a) Zum einen war „schon mit dem **Theorie-Praxis-Verhältnis der KU** eine deutliche Abkehr von herkömmlichen Wissenschaftsbetrieb klargestellt“: Die KU wandte sich ernsthaft der Gesellschaft zu.

(b) Zum anderen vermittelte das Bemühen den konsequent demokratischen Aufbau der KU Erfahrungen, mit denen innerhalb der ‚normalen‘ Universität sowohl **institutionelle** als auch **inhaltliche Forderungen** begründet werden konnten.

Das erste provisorische Semesterprogramm weitete das studentische Aktionsfeld aus: Als Hauptaufgabe der KU gelten nun

**„die Verbreitung und Intensivierung politischer Praxis, sei es in spontanen Aktionszentren, politischen Hochschulgruppen oder in der Studentenvertretung, mit Hilfe wissenschaftlicher Analyse und Kritik.“**

Diese breite Aktionsfeld war auch der Notwendigkeit geschuldet, gleichsam zur ‚Selbstverteidigung‘ in die Offensive zu gehen und die eigenen Interessen über die Universität hinaus in die Gesellschaft und in die Öffentlichkeit zu tragen. Drei Beispiele:

→ Sprachkritische Arbeitskreise (in Germanistik und Literaturwissenschaft) beteiligten sich trugen im Februar 1968 an der Projektgruppe „**Springer-Tribunal**“;

→ Erneuerung eines kämpferischen, von den Westberliner Gewerkschaften bis dahin artig und ‚staatsnah‘ organisierten **1. Mai**;

→ die Gründung von **Basisgruppen** in vielen Bezirken Westberlins; hier betrug der Anteil der Nichtstudenten (Schüler, Auszubildende, JungarbeiterInnen, kritische Betriebsräte).

→ Kampagnen gegen die Notstandsgesetze der Großen Koalition wurden im SoS 1968 in Arbeitskreisen der KU vorbereitet – und mündete in Institutsbesetzungen an der FU.

---



**Michael Ruetz, Studium generale 1968** ■

**\*Kleine Schrift rechts an der Tafel im besetzten Japanologischen Institut der FU Berlin:**

***“Le vin rouge est plus rouge que le drapeau rouge”***

**© Michael Ruetz, Exclusive Rights Focus Agency**

---

Dennoch: Die Kluft zwischen Anspruch und Verwirklichungsmöglichkeiten erwies sich als derart groß, das die selbst gesteckten Ziele (vor allem das ‚Hinaus in die Gesellschaft‘) nur kurzfristig und punktuell erreicht wurde – die dahinterstehenden Illusionen sind nachträglich breit diskutiert worden.

**Eine kritische Anmerkung** im wenigstens bequemen Nachhinein ist hier geboten: Wie abstrakt derartige historische Anleihen blieben, zeigt sich an drei ‚blinde Flecken‘ des studentischen Blicks auf die Gesellschaft, vor allem auf die Niederungen des gewöhnlichen Arbeitslebens:

→ Die Auszubildenden und die ArbeiterInnen, mit denen wir Kontakt aufnahmen, (eine verschwindende Minderheit), litten unter weniger komfortablen Formen der Entfremdung, man nennt das eher Ausbeutung: Sie sagten ab 9 Uhr abends in den gemeinsamen Zirkeln: „...also ick muß ja nu jehn, Jenossen, weil ick nu morgen um sechse uff'm Bau sein muß.“

→ In der eigenen Institution Hochschule kamen im zunächst durchgesetzten Modell der Drittelparität **jene Arbeitskräfte**, die den Forschungs- und Lehrbetrieb maßgeblich am Laufen halten, zunächst gar nicht vor (Ausnahme OSI) – offensichtlich blitzte bei ihnen das oben erwähnte klassenkämpferische „Bild der Gegengesellschaft“ noch nicht auf. Im Rückblick berichtet eine Ehemalige aus dieser für den Hochschulbetrieb unerlässlichen Funktionsgruppe: „Ich war mal Andere Dienstkraft, das war beinahe gar nichts an dieser Universität“ Erst später wurde das arbeitnehmerische nichtakademischen Personal als vierte Statusgruppe in den Selbstverwaltungsorganen berücksichtigt: → **Viertelparität**.

→ die **Blindheit in der Genderfrage**: Im ganzen KU-Veranstaltungsverzeichnis zum WS 1967/68 ist die Lage der berufstätigen Frauen und damit die Geschlechterfrage als soziale Frage ein blinder Fleck. So wird in dem ausführlichen Text zum Seminar „Politische Ökonomie des Alltagslebens“ die Situation der Frauen nicht einmal erwähnt. Einzig in der Literaturliste findet sich ein Titel zu diesem Thema – von Ulrike Meinhof: Frauen sind billiger – ein Bericht über Frauenlöhne und Frauenarbeit in der Industrie. Sonst nichts: eine Genderwüste, typisch für die damalige Zeit.

Eine wichtige Rückwirkung der KU-Erfahrungen bleibt trotz des äußerlich gesehen frühen Scheiterns festzuhalten: Rudi Schmidt macht in der dann eingeleiteten Rückverlagerung des studentischen Engagements von der KU in die ‚normale‘ Universität auch eine gewisse ‚List der Vernunft‘: Stand im Innern der Hochschulen

„bislang die **Studienreform** im Vordergrund, weil der Kampf für die unmittelbaren Interessen die größte Aussicht auf Solidarisierung besaß, so erkannte man jetzt, dass entscheidende und langfristige Veränderungen nur durch eine gleichzeitig anzustrebende Instituts- und Hochschulreform möglich sei.“

Zwar bedeutete, so Schmidt,

„der ‚Auszug‘ der Studenten aus der FU in die Seminare der KU eine **Entschärfung der inneren Konflikte**“,

aber zugleich habe sich während des ersten KU-Semesters

„eine Art **Partisanentaktik in den offiziellen Seminaren** entwickelt, die ihre Rückendeckung in der Kritische Universität“ und den dort geführten Diskursen fand.

Vollends die Erfahrungen der politischen Hilflosigkeit gegenüber den schließlich durchgesetzten Notstandsgesetzen zwangen zu der Einsicht in das notwendige Engagement am jeweils eigenen Produktionsstandort, für die Studenten also: an den Hochschulen selbst.

„**Kritische Theorie muss so lange ohnmächtig sein, wie sie nicht über die Machtmittel adäquater Praxis verfügte, konkret: so lange sie nicht wenigstens staatliche Ressourcen nutzen kann. Das hieß: Intensivierung der Demokratisierungsbestrebungen an der FU, Forderung nach paritätischer Mitbestimmung, Finanzierung von Studenten initiierten Forschungsprojekten etc. Die Tendenz war in der Folge, die KU in die FU zu integrieren und damit die kritische Wissenschaft als Antrieb zur permanenten Veränderung der Gesellschaft zu institutionalisieren.**“

In der Germanistik, in den Politik- und Sozialwissenschaften gelang es den Studenten (zumindest unter Duldung liberal gewährender ProfessorInnen) zeitweilig, Seminare und später Studiengänge so umzustrukturieren, dass ihre neu erwachten inhaltlichen Studieninteressen darin Platz fanden.

Die Beispiele zeigen: Ebenso wie bei den Entstehungsbedingungen der Studentenbewegung lassen sich in der Entwicklung der KU reformerische von ‚revolutionären‘ Motiven (oder was man dafür hielt) ebensowenig sauberlich auseinanderhalten wie die hochschulbezogene und die gesellschaftsbezogene Orientierung. Das ging je nach Situation und Erfahrungen ineinander über. Wer trug schließlich an dem, wie ich finde, ‚geglückten Scheitern‘ von KU und Hochschulreform schuld? Die **utopischen Absichten studentischer Naivlinge** oder die **konservative Mehrheit der Professoren** oder die **staatliche Wissenschaftsbürokratie**? In der Rückbesinnung stehen sich drei Deutungsmuster gegenüber, die den damaligen Versuchen Erfolg, Misserfolg oder gar Schädlichkeit bescheinigen:

(1) **Das konservativ-bewahrende Weltbild**, demzufolge Utopien zwar gelegentlich als Unfälle der Ideengeschichte vorkommen, aber vor der Macht gewachsener Institutionen und des technisch-wissenschaftlichen Fortschritts ins Leere laufen müssen. So freut sich Hermann Lübke, der an Gehlen geschulte technokratische Vordenker 1987 daran, nach dem Ende des Revoltenspuks die ehemaligen Aktivisten in der ‚Mitte‘ der Gesellschaft begrüßen zu können: „Nach Schluss der Vorstellung brechen wir nicht zur großen Weltveränderung auf, sondern in die Restaurants.“

Dieser Diagnose fügt Helmut Schelsky noch eine rote Karte für die damaligen Aktivisten hinzu, ausgestellt in der Schrift *Die Arbeit tun die anderen. Klassenkampf und Priesterherrschaft der Intellektuellen*. Sein beleidigt gestimmter Rundumschlag von 1982 trifft eine erstaunliche Breite an Theorien:

„**Der Umschwung in der bundesdeutschen Soziologie von der ... empirischen Sozialforschung der 50er und Anfang der 60er Jahre zu der wieder deduktiv vorgehenden Theorienlehre der ‚Frankfurter Schule‘, des Neomarxismus oder des funktionalistischen Systems eines Niklas Luhmann [!] hat ... zu einer Reideologisierung der bundesdeutschen Politik beigetragen.**“

(2) **Der systemtheoretische Diskurs** ist etwas freundlicher und billigt an sich zufälligen Ereignissen wie der Studentenbewegung einige Nebenfolgen zu, die jedoch das listige System bequem verdaut. 1988 schreibt Niklas Luhmann er in der taz:

„**Zufällige Vorgänge, der Schuss auf Benno Ohnesorg zum Beispiel, schossen die Studenten aus der Gesellschaft hinaus – und von da ab konnte man über den Rasen laufen.**“

Was die ‚unbeabsichtigten Folgen‘ der Studentenbewegung betrifft, hat Luhmann ein klares Urteil parat, das zum heutigen Zustand der Hochschulen überleitet.

So wie die Arbeiterbewegung die Marktunabhängigkeit der Löhne (er meint damit die Errungenschaft des Tarifvertrags) habe **„die Partizipationsbewegung der 68er ... zu riesigen Partizipationsbürokratien geführt und damit zu einem immensen Zuwachs an organisierten Entschuldigungen dafür, dass nichts geschieht.“**

Das obendrein zynische Urteil spricht in seiner Realitätsferne für sich.

3) Zutreffend ist dennoch, dass die Studentenbewegung die Etablierung des modernisierten ‚akademische Kapitalismus‘ heutiger Prägung nicht verhindern konnte. Das ist aber eine recht überraschungsarme Erkenntnis. Jedenfalls sind die gewiss oft illusionären Versuche der Studentenbewegung, eine ‚andere Hochschule‘ zu schaffen, keinesfalls für die heutigen, in der Sprache des Managements begründeten Formen der Wissenschafts- und Studienorganisation haftbar zu machen.

### **III. Die Hochschule zwischen Bachelorisierung und Exzellenz**

Tenorths Forderung (2010) an den Ausbildungsauftrag der Hochschule bleibt bis heute so unstrittig wie uneingelöst:

**„Es gilt, in der Bildung der Experten den Fachidioten ebenso zu verhindern wie den gesellschaftlich-kulturellen Ignoranten. Bildung in der Universität durch Wissenschaft muss sich hier erweisen, in beiden Dimensionen.“**

Aber schon dieses einsichtige und schlüssige Argument verweist darauf, wie weit heute Anspruch und Wirklichkeit auseinanderklaffen. Und wie weit sind selbst die ‚Exzellenz‘-Universitäten (als ganze und in ihren disparaten Fakultäten) von diesem Leitbild entfernt?

Die Bachelorisierung der Ausbildung ist (wohlwollend) als Versuch zu verstehen, den Hochschulen eine sowohl berufsbezogene als auch wissenschaftlichen Ausbildung zu vermitteln – und zwar in Zeiten, in denen nicht (wie noch 1962) 5%, sondern etwa 40% eines Geburtsjahrgangs die sog. ‚Hochschulreife‘ erlangen und geltend machen. Gefragt wird aber heute nicht mehr – wie noch in der KU, in den SDS-Denkschriften, beim VDS und der BAK – nach der "gesellschaftlichen Relevanz", sondern (von wichtigen Fragen nach dem Warum und Wozu abgeschnitten) nach der Rolle und Funktion von Forschung, Studium und wissenschaftlich qualifizierten Arbeitskräften im Modernisierungsprozess, dessen Richtung Folgen fachimmanent und disziplinübergreifend kaum noch gründlich reflektiert werden. Das hat auch Gesine Schwan in ihren Bemerkungen über den Mangel an inhaltlicher Diskussionen in der HRK beklagt.

Siegfried Kracauers scharfe Diagnose von 1931 zur damaligen Wissenschaftskrise trifft bis heute zu und gilt womöglich noch verschärft.

**„Heute ist der sonderbare Zustand eingetreten, dass die Spezialisten auf nahezu allen lebenswichtigen Gebieten versagen. Entweder bewegen sie sich innerhalb der Grenzen ihres Fachs wie in einem Naturschutzpark und begnügen sich mit verblasenen Vorstellungen über die Konstruktion des Gesellschaftsganzen, oder sie dehnen ihr enges Tätigkeitsgebiet ungehörlich weit aus und verwechseln es in heilloser Naivität mit der Welt.“**

Quelle: Siegfried Kracauer (1931): Der Fachmann. In: Aufsätze 1927-1931 (Schriften, Band 5.2). Frankfurt/M: S. 401f.

Zur Wirklichkeit des ‚akademischen Kapitalismus‘ hat Richard Münch in seiner gleichnamigen Studie (Berlin 2011) weitgehend zutreffende Befunde vorgelegt – ich kann sie hier nicht eingehend referieren und bin auch nicht auf einem Seminar für Hochschulexperten. Aber einige Beispiele für die unkritische Übernahme des

ökonomischen Wettbewerbsgedankens, von Managementkonzepten, *benchmarks* und Effizienz-Indikatoren sind auf besonders betäubliche Weise lehrreich:

- **Elite/Exzellenz/Leuchtturm-Rhetorik** mit Begriffen wie „Alleinstellungsmerkmal“, „Bestenauslese“, „Benchmarking“ und „Markenkern“. Das erinnert an das, was die KU schon 1967 als Tendenz benannte: „Die Hochschulen werden endgültig von Elfenbeintürmen in **Elfenbeinfabriken** verwandelt.“ Jüngst regte ein ehemaliger McKinsey-Manager gar an, dass Wissenschaftler "Unternehmer ihrer selbst" werden sollten;
- das **Wettbewerbsdenken** in wissenschaftsfremden, oft auch fachlich dubiosen Kriterien (Ranking von Äpfel und Birnen, *Benchmarking*) bleibt ohne zureichende Reflexion des Verhältnisses von akademischem Studium Hochschulstudium und Beschäftigungssystem, das nicht allein von Marktprozessen beherrscht zu denken ist);
- **der Output-Wahn** in der Forschung, der bei den Publikationen zur „**Tonnenideologie**“ und, angesichts einer bestenfalls formalen Qualitätssicherung durch *peer reviews* und des damit verbundenen **Zitierkonformismus** zur Scheu vor inhaltlichen Kontroversen führt. Alfred Kieser hat dieses Dilemma in seiner in der FAZ abgedruckten Abschiedsvorlesung (Uni Mannheim 2010) am Beispiel des ökonomischen Forschungs- und Veröffentlichungsbetriebs aufgewiesen;
- die unkritische Übernahme des Leitbilds ‚**unternehmerische Hochschule**‘ und eines begrifflich hohlen, aber in der Wirkung folgenreichen **Governance-Denkens**, das der Denk- und Vorstellungswelt der Weltbank entstammt. Dabei wird nicht einmal registriert, in welche Erklärungsnot diese der Welt des Neoliberalismus entstammenden Konzepte mittlerweile geraten sind. Beispiele:
  - (a) Instrumente wie **Zielvereinbarungen** sind in der kritischen politikwissenschaftlichen Diskussion und selbst im Management längst entzaubert (SAP hat gerade im gesamten Konzern für 86.000 MitarbeiterInnen das Konzept der Zielvereinbarung und des "Performance Rating" abgeschafft) – werden jedoch an den Hochschulen distanzlos an- und nachgebetet (z.B. Zielvereinbarungen mit ProfessorInnen oder gar mit Präsidenten und Vizepräsidenten).
  - (b) Die FU lobte sich 2006 selbst als ‚**unternehmerischste Hochschule**‘ und opfert für diesen Titel sogar ihre Pflicht zur Pflege der Sprache.
  - (c) Bis 2011 blieb in den beteiligten Universitäten (TU und HU) der Skandal des von der Deutschen Bank ‚gestifteten‘ und von ihr kontrollierten **Instituts für Bankdienstleistungen** unentdeckt, der gegen sämtliche Regeln der Wissenschaftsfreiheit und der Hochschulautonomie verstieß;
- eine **Verdrängung der Hochschulselbstverwaltung durch eine ideologisch aufgerüstete Governance**: Das verbreitete Zauberwort führt das Versprechen der „Regierbarkeit“ schon im Namen, dem das oft hinzugefügte Attribut („good governance“) die ethische Unbedenklichkeitsbescheinigung verschaffen soll. Die Gefahr der inhaltlichen Leere, der Legitimierung beliebiger Zwecke und der Verschleierung der tatsächlichen Machtverhältnisse liegt auf der Hand. Das Präsidialamt wird tendenziell zum Entscheidungszentrum, dessen Informations- und Planungsvorsprung die akademischen Gremien wenig entgegenzusetzen haben. Eine zweite ‚entpolitisierende‘ Wirkung fällt in der Governance-Praxis auf: Gerade die ‚starken‘ Institute und ProfessorInnen, denen die Universität (oft nur ver-

meintlich) den Ruf der ‚Exzellenz‘ verdankt, nehmen die Hochschulleitung als bequemes Dienstleistungszentrum in Anspruch, um sich selbst nicht mehr in die wichtigen Dinge der Selbstverwaltung einmischen zu müssen. Es entsteht der Eindruck, dass die wichtige Mitarbeit in AS, in den Fachbereichsräten und auch in den studentischen Fachschaften geringgeschätzt oder abgewertet wird – als Engagement derer, die angeblich in der Wissenschaft sonst nichts Besseres zu tun haben.

- Folgen für die Lehre: Die Produktion von **Kompetenz** wird zum kurzschlüssigen Leitbild des Studienerfolgs, sie ersetzt die Aneignung der **Fähigkeit zur Reflexion** und zum erprobenden Kennenlernen der beruflichen Praxis. Studienanforderungen werden in bloße *workload-Einheiten* übersetzt, die für jeden Kurs scheinexakt die aufzuwendenden ‚Lernminuten‘ festlegen.

#### IV. Fragen an die Hochschule von heute

Die Studie *Hochschule in der Demokratie* und die Studentenbewegung von 1966-1968 haben Forderungen erhoben und Fragen aufgeworfen, die bis heute dringlich sind:

a) **Wie läßt sich die Hochschule als Großorganisation betreiben, ohne bürokratisch zu erstarren?** Wie läßt sich die wissenschaftliche Spezialisierung, die nur notdürftig mit Attributen wie transdisziplinär übertüncht oder (aber das immer weniger) durch Elemente eines Studium Generale kompensiert wird, noch vernünftig einbetten?

b) **Wie läßt sich zugleich sicherstellen, dass eine Reflexion auf die gesellschaftlichen Bedingungen von Wissenschaft erfolgt,** eine solche Reflexion auf die Folgen der Wissenschaft, auf Wissenschaft als gesellschaftliche Arbeit und auf wissenschaftliche Expertisen als Politikum?

d) **Wie soll eine Ausbildung aussehen, die einerseits spezifische Qualifikationen erzeugt und dennoch das Nachdenken gesellschaftliche Verantwortung einschließt?**, formuliert: Eine ‚gute Hochschule‘, gibt Peter Bieri den Studierenden zu bedenken, soll ihre AbsolventInnen gerade nicht befähigen,

„mit ihrem Wissen über andere zu herrschen. Die Macht des Wissens liegt woanders: Sie verhindert, dass man Opfer wird. Wer in der Welt Bescheid weiß, kann weniger leicht hinters Licht geführt werden und kann sich wehren, wenn andere ihn zum Spielball ihrer Interessen machen wollen ...“

Das Studium der Medizin, des Rechts, der Natur- und Ingenieurwissenschaften läßt sich nicht einfach mit politologischen, soziologischen und psychologischem Zierrat versehen, das bleibt folgenlos. Wie läßt sich dennoch eine (altmodisch gesprochen) Allgemeinbildung vermitteln, die ans jeweilige Fach anschließt und dennoch darüber hinausgeht?

e) **Wie läßt sich Wissenschaft demokratisieren, ohne in die Zeitfalle zu geraten, die bei einer fundierten, über den Diskurs gewonnenen Entscheidungsfindung droht?** Damit begründen ja heute die angeblich verschlankten, tatsächlich eher Kopf- und bürokratielastigen Governance-Konzepte eine Praxis, die das Gewicht der Hochschulselbstverwaltung zugunsten der Spitze und der Stäbe nach Tucholskys altem Motto verschiebt: „die Zentrale hat immer recht!“ Das geschieht zum Schaden des Kollegialprinzips und des beharrlichen ‚Zwangs‘ zum ständigen Perspektivwechsel, den die Gruppenuniversität ausübte und der sich entgegen aller gegenteiligen Behauptungen keineswegs ‚wissenschaftsfeindlich‘ auswirkte.

An diesen wenigen Maßstäben und Kritikpunkten gemessen, sind die Möglichkeiten der Hochschulen in Deutschland, ob exzellent oder ‚nur‘ normal, bescheiden.

## **V. Kritische, hoffnungslos optimistische Schlussbemerkungen**

Nach wie vor gelten für mich zwei Beobachtungen von **Wolf Dieter Narr**, der 1988 auf einem Hearing, das schon einmal ein Zwischenfazit der Studentenbewegung zog, einerseits – mit Blick auf die eingetretenen gesellschaftlichen Entwicklungen und die institutionelle Verantwortungslosigkeit der Hochschulen – die Lage als dramatisch befindet, weil

**„... was den Einfluss der Wissenschaft auf die Gesellschaft anbetrifft und das Versagen der Universität im Hinblick auf das, was ich zum Prinzip der Verantwortung genannt habe (z.B. Gentechnologie, Informationstechnologie) ist die Kluft so ungeheuer groß, dass es in der Tat schier zum Verzweifeln ist.“**

Zugleich, das ist tröstlich und ermutigend zugleich, tritt Narr der Resignation und dem schlechten Realismus mit den Worten entgegentrat:

**„Gerade weil man Reformen und Reformchancen offenbar kaum voraussehen kann, ist es sinnvoll, in dürftiger Zeit, wenn die Wüste zu wachsen scheint, trotzdem Oasen zu denken. Dann kommen vielleicht auch die Oasen wieder.“**

### **1) Eine Kontingenzvermutung**

Habermas u.a. haben in ihrer Studie von 1961 die Studentenbewegung nicht einmal als Möglichkeit ins Auge gefasst, obwohl sie schon damals die inneren Widersprüche des Hochschulsystems und die unter Druck kommende gesellschaftliche Rolle der Studierenden dargelegt haben. Und als ebenfalls 1961 die erste SDS-Denkschrift erschienen ist, war an der deutschen Universität von Reformen nichts zu riechen, nichts zu spüren, sie war zwar schon überfordert und unterfinanziert, aber es regte sich nichts, eben nur Schelsky „Einsamkeit und Freiheit“ als ideologische Beschwörung einer sozial privilegierten Einrichtung. Dieses Wissen ist tröstlich.

### **2) Eine Hoffnung**

Hoffnung am Beispiel Großbritanniens: Dort machten bei der Juni-Wahl 2017 viele Angehörige der Jüngeren Generation, ihr apathisches Wahlverhalten aus der Brexit-Abstimmung wett und trugen zu einem Wahlergebnis für Labor à la Corbyn (und eben nicht Blair) bei, das der Guardian ein ‚seismographisches‘ Ereignis nennt. Zu den Corbyn-WählerInnen zählten viele Studierende, die unter Verschuldungsängsten leiden, und Scheinselbständige, die in der *Gig-Economy* ausgebeutet werden und zur Strafe noch hohe Mieten im Großraum London zahlen.

### **4) Eine mögliche Selbsttäuschung:**

Am 17. November 2015 hat sich der ‚Bund Freiheit der Wissenschaft‘, der in den 1970er Jahren durch seine Denunziationslisten Hunderte von Berufskarrieren verhindern half, endgültig aufgelöst. Der ehemalige bayerische Kultusminister Hans Maier hielt dazu die fröhliche Begräbnisrede. Er verkündete voller Stolz, es sei dem BFW endgültig gelungen, die von der Studentenbewegung ausgehenden Gefahren „einer ideologisch motivierten Einflussnahme“ auf den Kern der Wissenschaften abzuwehren:

„Wir haben unsere Mission erfüllt. Die Gegner sind uns abhanden gekommen. Vieles, um das wir kämpfen mussten, ist heute unumstritten. Heute, im Jahr 2015, drohen den deutschen Universitäten keine massive Störungen und Gewaltexzesse mehr, auch keine gruppenstrategischen Experimente wie die Drittelparität ...“

Nun ist es keineswegs ausgemacht, dass diese Diagnose stimmt, denn Analysen gelten der Vergangenheit, aber gelebt wird vorwärts. Herr Maier wünsche ich deshalb KEINE Aktion wie die hier abgebildete ...



... vielmehr eine Bewegung, die innerhalb und außerhalb der Hochschulen aus ihren jeweils neuesten Widersprüchen entsteht und die Fragen, die in der Vergangenheit aufgeworfen wurden, auf notwendig neue Weise beantwortet: ohne alte Illusionen, aber mit der starken Sehnsucht nach anderen Verhältnissen.